

**Zivilgesellschaftliches
Lagebild Antisemitismus
Rheinland-Pfalz**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Lukas Steinbrenner, Florian Eisheuer, Weicheng Huang

Lektorat: Britta Kollberg

Grafik: D. Kahane

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

Unserer Umwelt zuliebe wurde dieses Buch auf umweltfreundlichem Recyclingpapier gedruckt, ausgezeichnet mit dem FSC®-Zertifikat für Papier aus Recyclingmaterial, dem Blauen Engel und dem EU-Ecolabel.

© Amadeu Antonio Stiftung, 2019

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden mit Unterstützung des Programms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Inhalt

- 4 Vorwort
- 6 Antisemitismus als gesellschaftliche Herausforderung
- 10 Eine Heimat für jüdisches Leben
- 12 „Antisemitismus ist ein vielschichtiges Phänomen“
- 14 Antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz
- 18 Gespräch  „Wer heutzutage gegen Israel polemisiert, meint *die* Juden“
- 20 Israelbezogener Antisemitismus
- 24 Gespräch  „Ich möchte keine Erfahrungen mit antisemitischen Anfeindungen machen“
- 26 Antisemitismus und Verschwörungstheorien
- 29 Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

Vorwort



© Amadeu Antonio Stiftung

Antisemitismus, so heißt es, sei eine komplizierte Sache. Was als Antisemitismus bezeichnet werden kann und was nicht, sei sehr umstritten. Besonders wenn es sich um den Streitpunkt Israel handle. Deshalb, meinen viele, müsse man mit dem Begriff und der Bezeichnung sehr vorsichtig umgehen. Denn es könne sonst schnell geschehen, dass man jemanden als Antisemiten beleidigen würde, der gar keiner ist, und das wiederum ist das Allerschlimmste, was einem Deutschen nachgesagt werden könne. Gerade wegen der Geschichte des Holocausts.

Diese Sensibilität im Umgang mit dem Begriff Antisemitismus wünschen sich Jüdinnen und Juden in Deutschland, wenn es um das geht, was sie selbst jeden Tag erleben müssen. Antisemitismus im Alltag durch Stereotype, durch Beschimpfungen, Angriffe und durch Wertungen in der allgemeinen Öffentlichkeit. Ganz zu schweigen von den Sozialen Netzwerken und den Anfeindungen, die Juden dort erfahren. Für sie ist Antisemitismus nicht kompliziert. Sie erleben ihn, und in sehr vielen Fällen erfahren sie weder Schutz noch Beistand, wenn sie darüber berichten.

Die Bekämpfung des Antisemitismus, von der in Deutschland besonders nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle so viel gesprochen wird, braucht jedoch genau das: die Wahrnehmung von Antisemitismus – denn ohne diese kann man nichts dagegen tun – und Schutz und Beistand für all diejenigen, die er trifft.

Antisemitismus ist nicht kompliziert. Im Grunde lässt er sich leicht beschreiben. Wenn jemand grundsätzliche Aussagen über Juden macht, ist das antisemitisch. „Juden haben, Juden sind, Juden wollen“ – das sind die drei Bausteine des Antisemitismus. Sie unterstellen Juden einen bestimmten Besitz, Eigenschaften und Intentionen. Der kulturellen und historischen Narration entsprechend, sind diese drei Dinge meist negativ belegt. Und selbst wenn sie positiv gemeint sind, bestehen sie aus Stereotypen.

Dabei ist es vollkommen egal, wer sich dieser drei Bausteine bedient und in welcher Form sie daherkommen. Es sind und bleiben Unterstellungen, Verschwörungstheorien und Mythen. Sie können auch kryptisch erscheinen, als Symbole oder Chiffren. Jüdische Namen anstelle von Kapitalismus, Orte wie Hollywood oder die Ostküste als Chiffren für vermeintlichen Einfluss oder Macht von Juden. Symbole des Bösen als Karikaturen von Kraken, Strippenziehern, Kindermördern oder Goldschefflern. Die Welt des Guten gegen die des teuflisch Bösen – auch in der Gestalt des Staates Israel, der im Zweifel immer als Symbol oder Ersatz für den Juden herhalten muss. Gerade hier findet die Legende von den zutiefst böswilligen Absichten der Juden eine moderne Renaissance. Israel als das Unglück der Welt – diese Vorstellung ist wie das Bild des Stürmers, der die Juden in Deutschland als ihr Unglück beschimpft hat. So unverrückbar und im Stakkato wiederholt, bildet es die Grundlage für Judenhass aller Art. Sogar für den, der sagt, *die* Juden hätten aus dem Holocaust nichts oder zu wenig gelernt. Sie würden davon nur profitieren wollen. Und deshalb ständig übertreiben.

Ganz gleich, wer sich dieser Bausteine bedient, sie sind und bleiben das Fundament des Antisemitismus. Der rechtsradikale Geschichtsrevisionist ist ebenso antisemitisch wie der Linke in einer vulgären Form der Kapitalismuskritik, der Israeldämonisierer sowieso, egal ob von rechts oder links. Die Grenzen der politischen Herkunft verschwimmen, wenn es um Antisemitismus geht. Es gibt auch rechtsradikale Kapitalismuskritiker, die damit Juden meinen, und linke Revisionisten, wenn sie die Einzigartigkeit der Shoah verleugnen. Oder wenn beide behaupten, die neuen Nazis wären *die* Juden. Besonders wenn es um Israel geht.

Dem ist nichts hinzuzufügen, hier muss nicht ein Satz über irgendeine „legitime Kritik“ gesagt werden. Zu oft hat dieser Satz wiederum ein Stereotyp bedient, das den Juden Zensurmacht unterstellt. Nein, es ist ganz einfach. Und gar nicht kompliziert. Antisemitismus ist das Gerücht über *die* Juden und die älteste Verschwörungstheorie der Welt.

Antisemitismus ist ein bundesweites Problem. Er zeigt sich in Sachsen ebenso wie in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. Antisemitismus ist eine alte gesellschaftliche Krankheit mit spezifischen Symptomen. Wenn Antisemitismus gut beschrieben und seine Funktionen erklärt sind, ist es einfacher zu sagen, wer sich nicht antisemitisch äußert und wer doch. Der politische, kulturelle oder religiöse Hintergrund spielt dann keine Rolle mehr. Denn Antisemitismus betrifft jeden.

Anetta Kahane

Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Antisemitismus als gesellschaftliche Herausforderung

Florian Eisheuer
Amadeu Antonio Stiftung

Jüdinnen und Juden stehen seit Jahrhunderten unter Verdacht, für sämtliche Übel auf der Welt verantwortlich zu sein. Ob Krankheiten und Seuchen, Kapitalismus und Kommunismus, Krisen aller Art: Sämtliche Schattenseiten des menschlichen Zusammenseins werden ihnen angelastet. Der Wille zur Vernichtung dieses vermeintlichen Ursprungs alles Bösen und Schlechten lauert dabei als beständige Möglichkeit im Hintergrund.

Antisemitismus ist auch mehr als 70 Jahre nach der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden eine zentrale und gesamtgesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Grundsätzlich unterscheiden wir traditionelle von modernen Formen des Antisemitismus. Die traditionellen Erscheinungsformen haben ihren Ursprung u.a. in christlichen Überlieferungen, nach denen Jüdinnen und Juden die Schuld am Tod Christi gegeben wurde („Gottesmörder“). In der Spätantike und im Hochmittelalter schlossen sich die weit verbreiteten Legenden von den „Brunnenvergiftern“ und „Ritualmördern“ an. Besonders während der Verbreitung der Pest (1347–1350) wurden Jüdinnen und Juden bezichtigt, die Seuche durch eine Brunnenvergiftung verursacht zu haben. Die „Ritualmordlegende“ besagt, Jüdinnen und Juden würden das Blut von Christenkindern für religiöse Zwecke benötigen. Diese beiden Legenden endeten mit der Tötung von hunderttausenden Menschen jüdischen Glaubens bei den Pestpogromen. Doch der traditionelle Antisemitismus hat viele Gesichter und gibt seinem Objekt seinerseits verschiedene Züge. Er beschreibt Jüdinnen und Juden als geizige, gierige Geldverleiher, als heimtückische, hinterlistige Händler, als weise, wohlhabende Weltenherrscher.

In modernen Erscheinungsformen des Antisemitismus spiegeln sich traditionelle Mythen zwar wider, doch hat er in modernen, säkularen, bürgerlichen Gesellschaften eine fundamental andere Form angenommen. Die im kollektiven Gedächtnis verankerten antisemitischen Mythen werden heute vielfach über Umwege kommuniziert, sodass sie nicht unmittelbar erkennbar sind. Der Kern der Mythen wird an den Zeitgeist angepasst und lebt im scheinbar harmlosen Gewand fort. Die antisemitische Botschaft ist dieselbe.

① Eine moderne Form ist der strukturelle Antisemitismus im Sinne einer verkürzten Kapitalismuskritik. Ihre Grundlage ist die simple Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Eine kleine, einflussreiche Elite, die gierig nach Geld und der Welt-herrschaft strebt, ist das fiktive Objekt dieses personifizierte Verschwörungsgedankens. Die antisemitische Prägung wird deutlich, wenn jüdischen Einzelpersonen (wie George Soros) und Familien (wie Rothschild) der Hang zur Geld- und Machtgier nachgesagt wird. Alte Stereotype sind dabei omnipräsent. Im Kapitel „Antisemitismus und Verschwörungsideologien“ gibt Dr. Michael Müller einen detailreichen Überblick dazu, welche Rolle solche antisemitischen Verschwörungsideologien in Rheinland-Pfalz spielen.

② Eine zweite moderne Variante ist der sekundäre Antisemitismus. Es handelt sich dabei um eine Form des Antisemitismus nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz, die in der gesellschaftlichen Debatte um die Schuld der Deutschen an der Shoah auftritt. Jüdinnen und Juden wird dabei unterstellt, sie nutzten die Shoah, um die nationale Identität der Deutschen kleinzuhalten sowie Entschädigungszahlungen an Shoah-Überlebende und Wiedergutmachungszahlungen an die israelische Regierung zu sichern. Der sekundäre Antisemitismus ist geprägt von einer Schlussstrichmentalität, also einer Erinnerungsabwehr, die sich der Auseinandersetzung mit der Geschichte zu verweigern sucht. Wir finden diese Form des Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft.

③ Eine dritte Form des modernen Antisemitismus ist der israelbezogene Antisemitismus. Mit der Gründung des Staates Israel wandelte sich die Vorstellung von kosmopolitischen, staatenlosen Jüdinnen und Juden in ein national und staatlich identifizierbares Feindbild. Die vermeintliche „Kritik an Israel“ ist sehr häufig ein kommunikativer Umweg zur Verbreitung antisemitischer Stereotype und reproduziert diese zugleich auf geopolitischer Ebene. Der jüdische Staat Israel wird so zum Alleinschuldigen an allen regionalen Konflikten im Nahen Osten, zum „Juden unter den Staaten“ gemacht, wie es Léon Poliakov ausdrückt. Es handelt sich um die bedeutendste Modernisierung des Antisemitismus nach 1945. Im Kapitel „Israelbezogener Antisemitismus“ zeigen Andreas Portugall und Florian Eisheuer, wo diese Form des Antisemitismus in Rheinland-Pfalz auftritt.

Die genannten Kategorien sind nicht exklusiv, sondern sie überlappen sich und sind an den Rändern unscharf. Wenn beispielsweise der Staat Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt wird, so werden gleich mindestens zwei Formen des Antisemitismus bedient. Der Versuch, Israel zum nationalsozialistischen Gebilde zu erklären, ist einerseits ein Mechanismus der Schuldabwehr. Ausgerechnet dem einzigen jüdischen Staat der Welt, dessen Entstehungsgeschichte zudem eng mit der Shoah verbunden ist, faschistische Tendenzen zu unterstellen, hat eine Art moralischer Umschuldung zum Ziel: Wenn der Staat der Juden heute genauso schlimm handle wie Deutschland vor Jahrzehnten, dann sei man in gewisser Weise quitt. Eine solche Gleichsetzung ist aber zudem auch als weit verbreitete Form des israelbezogenen Antisemitismus einzuordnen (vgl. IHRA-Definition, S. 29). Sollte die dämonisierte Politik Israels auch noch mit bestimmten jüdischen Eigenschaften wie Rachsucht erklärt werden, so handelt es sich bei diesem Rekurs zusätzlich um eine traditionelle Form des Antisemitismus.

Antisemitisches, teils kodifiziertes Wissen dient als ideologisches Repertoire, das für unterschiedliche Anlässe bereitgehalten wird. Rechtsextreme mögen eher auf Verschwörungslegenden über jüdische gesteuerte weltweite Migrationsbewegungen setzen, während gerade in der radikalen Linken strukturell antisemitische Formen einer personalisierten Kapitalismuskritik bedient werden.

Trotz dieses Facettenreichtums fungiert Antisemitismus als Kitt. Er ist der ideologiegewordene kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich auch politische Milieus einigen können, die sich sonst befeinden. Antirassistische Milieus bieten ihm ebenso eine Heimat wie beispielsweise PEGIDA, queere Communities ebenso wie fundamentalistische Christ*innen, Besserverdienende ebenso wie sozial Schwache. Antisemitismus findet sich in allen Schichten und hat so das Potential zur Bildung ideologischer Querfronten, die es im Einzelfall möglich machen, dass an antiisraelischen Demonstrationen neben Personen aus dem radikalen islamistischen Umfeld zugleich auch Rechtsextreme und antiimperialistische Linke teilnehmen.

Gemein ist allen Formen, dass die Träger*innen antisemitischer Weltbilder sich grundsätzlich moralisch berechtigt fühlen, notfalls auch Gewalt auszuüben, da ihnen diese als Notwehr erscheint: Notwehr gegen die Brunnenvergifter*innen, Notwehr gegen die Kriegsursacher*innen, Notwehr gegen die Kapitalist*innen. Ein eigenes positives Selbstbild kann durch diese Narration erhalten bleiben, unangetastet von der Erkenntnis, selbst der*die Aggressor*in zu sein. Selbst in der nationalsozialistischen Propaganda wurden der Vernichtungswunsch und -plan als Widerstand gegen den angeblichen Antigojismus – einen vermeintlichen jüdischen Hass auf alles Nichtjüdische – und durch Legenden über jüdische Pläne zur Vernichtung des „deutschen Volks“ und der „arischen Rasse“ legitimiert. Aktuell erleben diese antisemitisch-verschwörungsideologischen Erzählungen eine Neuauflage in Narrativen über einen jüdischerseits geplanten „großen Austausch“ oder eine „Umvolkung“. Die Anschläge in Pittsburgh (Oktober 2018), Poway (April 2019) und Halle (Oktober 2019) wurden allesamt mit verschwörungsideologisch-antisemitischen Notwehrkonstruktionen legitimiert. Es ist davon auszugehen, dass der Höhepunkt dieser antisemitischen Radikalisierung noch vor uns liegt.

Antisemitismus ist als Ideologie zwar eine antidemokratische, antimoderne Weltanschauung, die die demokratische Gesellschaft bedroht; die unmittelbar Betroffenen sind aber Jüdinnen und Juden. Sie sind es, die konkreten Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind. Für sie ist die Lage, so wissen wir aus Gesprächen, aber auch aus Studien, absolut prekär. Eine 2017 durchgeführte Befragung der Universität Bielefeld unter Jüdinnen und Juden zeichnete ein erschütterndes Bild. Eine deutliche Mehrheit berichtet, regelmäßig Antisemitismus zu erfahren. 78% sind der Meinung, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. 60% der Befragten dachten in diesem Zeitraum darüber nach, Deutschland den Rücken zu kehren. Die Befragung ergab auch, dass 81% der teilnehmenden Jüdinnen und Juden davon ausgehen, dass der Antisemitismus, den sie erleben, von muslimischen Menschen ausgehe. Wer die Perspektive der Betroffenen ernst nehmen möchte, muss sich ebenfalls dieser Zahl stellen und in politische Bildungsarbeit in diesem Bereich investieren.

Den Betroffenen zuzuhören muss für unsere Arbeit zentral sein. Aber es reicht nicht, ihnen das Ohr zu leihen und warme Worte zu spenden, sondern es müssen konkrete Taten folgen, im Großen wie im Kleinen, in der Politik ebenso wie im privaten Umfeld, am Arbeitsplatz und in der Schule. Dass die Pläne für den antisemitischen Massenmord in Halle nicht wie vorgesehen umgesetzt werden konnten, ist letztlich der Stabilität einer Türe zu verdanken. Die Radikalisierung des Täters wurde nicht etwa durch einen aufmerksamen Freundeskreis, Klassenkamerad*innen oder Arbeitskolleg*innen wahrgenommen und verhindert, sondern es war ein Hoftor, das Schlimmeres verhütete. Die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft hat hier versagt. Sie hat es nicht geschafft, die Sicherheit des jüdischen Lebens in Deutschland zu gewährleisten. Dies sollte Grund genug sein für ein radikales Umdenken und eine schonungslose kritische Selbstreflexion.

Am 5. Juni 2019 veranstaltete die Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz und unter Schirmherrschaft des Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, Dieter Burgard, ein landesweites Netzwerktreffen gegen Antisemitismus in Mainz. Ziel des Treffens war eine gemeinsame Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Rheinland-Pfalz – unter besonderer Berücksichtigung der jüdischen Perspektive. In diesem Rahmen konnten Akteur*innen gestärkt und vernetzt werden, die von Antisemitismus betroffen sind und/oder sich mit Antisemitismus beschäftigen.

Die Leitfragen des Treffens lauteten: Welche spezifischen Probleme finden wir vor? Welche Aktivitäten gegen Antisemitismus existieren, und welche sind geplant? Welche Rahmenbedingungen benötigen wir, um die Arbeit gegen Antisemitismus effizienter gestalten zu können? Im Mittelpunkt des Treffens stand ein Podiumsgespräch mit Avadislav Avadiev (Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz) und Aharon Ran Vernikovsky (Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Mainz), die wichtige Einblicke in jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Rheinland-Pfalz vermittelten.

Die Ergebnisse des Netzwerktreffens und die zahlreichen Gespräche, die vor, während und nach der Veranstaltung mit den Teilnehmenden geführt wurden, bilden die Grundlage für die vorliegende Broschüre. Die einzelnen Beiträge werden durch Forderungen aus der Zivilgesellschaft ergänzt, die in den Diskussionen des Netzwerktreffens deutlich wurden.

Für die antisemitismuskritische Arbeit ergeben sich fünf Schlussfolgerungen bzw. Forderungen aus den Ereignissen in Halle:

- **Engagement gegen Antisemitismus fördern**

Die Arbeit antisemitismuskritischer Projekte und Initiativen muss verstetigt und ausgebaut werden. Bezüge zum Vereinsleben des Bundeslandes (z.B. Sport- und Jugendvereine) müssen hergestellt werden.

- **Frühwarnsysteme aufbauen**

Ein Monitoring antisemitischer Aktivitäten und Narrative kann Hinweise auf zukünftige Gefahren frühzeitig bereitstellen. Vor allem die jüdische Perspektive muss hier von zentraler Bedeutung sein.

- **Forschung ausbauen**

Um die Kompetenzen aller antisemitismuskritisch Aktiven stärken, aber auch um politische Entscheidungen auf eine solide Begründungsbasis stellen zu können, muss in Forschung investiert werden, die Erkenntnislücken zu schließen vermag.

- **Solidarität mit den jüdischen Communities**

Von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft müssen Impulse und deutliche Signal ausgehen, dass sie die von Antisemitismus Betroffenen nicht alleine lässt.

- **Sicherheit des jüdischen Lebens gewährleisten**

Teil der praktischen Solidarität mit den Betroffenen muss es sein, Maßnahmen zu ergreifen, die ein Sicherheitsgefühl wiederherstellen und die konkrete Sicherheit gewährleisten.

Eine Heimat für jüdisches Leben

Dieter Burgard

Beauftragter der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz



Seit Mai 2018 ist Dieter Burgard der Beauftragte der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz. Er ist somit Ansprechpartner aller Jüdinnen und Juden in Rheinland-Pfalz und zentraler Koordinator aller Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus. © Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

„Was ist überhaupt Antisemitismus? Der Antisemitismus ist das Rezept der Feigen und der Propagandisten. Diese sehen die Probleme einer Zeit und sagen: Das können wir umgehen, wenn wir sie den Juden in die Schuhe schieben. Der Jude wird damit zum Sündenbock“, sagte der 1913 in Mainz geborene Rabbiner Leo Trepp am 27. Januar 2005 im rheinland-pfälzischen Landtag. Trepp wurde in den Nächten der Novemberpogrome 1938 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Er emigrierte in die Vereinigten Staaten und überlebte die Shoah, die Katastrophe.

Das Land Rheinland-Pfalz beschloss im Dezember 2017, einen Beauftragten gegen Antisemitismus zu berufen. 2018 folgten der Bund sowie weitere Bundesländer. Warum? Weil Bürger*innen jüdischen Glaubens, ihre Kindergärten und Schulen, Gemeindehäuser und Synagogen gefährdet sind. Weil sie physisch und verbal angegriffen werden. In Fußballstadien wird gegen jüdische Spieler*innen und Vereine Stimmung gemacht. Auf der Straße werden antisemitische Parolen skandiert. Antisemit*innen verbrennen Fahnen des Staates Israel. Die zunehmende Hetze, die sich on- wie offline gegen Bürger*innen jüdischen Glaubens Bahn bricht, hat die Lage verschärft. Die Taten werden nicht geduldet, sie werden strafrechtlich geahndet. Der Staat muss die Freiheit der Religion garantieren, er muss Bedrohten einen Schutz bieten.

Seitdem ich mein Amt als Beauftragter für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen im Mai 2018 angetreten habe, erhalte ich Anfragen von jüdischen Gemeinden und Bürger*innen, von christlichen Institutionen und Schulen, von Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Das Judentum weist eine fast 1.700-jährige Tradition in Rheinland-Pfalz auf; Trier und Mainz haben Zeugnisse jüdischen Lebens aus dem 4. Jahrhundert. Ebenso bezeugen die Kulturstätten in den drei SchUM-Städten¹ – Speyer, Mainz und Worms – sowie die ehemaligen Synagogen und jüdischen Friedhöfe das jüdische Leben in Rheinland-Pfalz. In den jüdischen Gemeinden sind heute mehr als 3.100 Mitglieder gemeldet. Die Einweihungen neuer Synagogen in Mainz (2010) und Speyer (2011) sind hoffnungsvolle Zeichen, dass jüdisches Leben wieder eine Heimat und eine Zukunft in Deutschland hat.

¹ SchUM ist ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der mittelalterlichen, auf Latein zurückgehenden hebräischen Namen der Städte:

- Schin (Sch) = SchPIRA = Speyer
- Waw (U) = Warmaisa = Worms
- Mem (M) = Magenza = Mainz

Die jüdischen Gemeinden in den Städten Speyer, Worms und Mainz formierten im Mittelalter einen Verbund, der die Architektur, Kultur, Religion und Rechtsprechung der mittel- und osteuropäischen jüdischen Diaspora prägte. (Quelle: <https://schumstaedte.de/>)

Antisemitismus gewinnt in einer Zeit des Relativierens und Verdrängens massiv an Bedeutung. In meinem Amt erlebe ich Holocaustleugner*innen, die das NS-Regime verharmlosen und die Shoah bestreiten. Zugleich erlebe ich Neonazi-Musik, Hitlergrüße und das Wort „Jude“ – im Sinne eines Schimpfwortes – unter Jugendlichen auf Schulhöfen. All das ist erschreckende Realität. Daher bin ich dankbar, dass der Etat für die Fortbildung für Lehrkräfte, für Demokratieerziehung und für Erinnerungskultur in Rheinland-Pfalz stark erhöht wurde. Die Lehrpläne werden überarbeitet, sodass Besuche von außerschulischen Lernorten sowie der Sozialkundeunterricht vermehrt angeboten werden. Mir war von Beginn an bewusst, die Entfaltung und Sicherheit des jüdischen Lebens und die Prävention durch Begegnung und Bildung würden im Verlaufe meiner Amtstätigkeit wichtige Arbeitsfelder. Bei Fragen der Sicherheit stehe ich durch den Austausch mit der Polizei und den jüdischen Gemeinden Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite. Es gibt zweifelsohne eine Schutzpflicht für den Staat; er muss eine Sphäre schaffen, in der man sich hinsichtlich der Religion frei entfalten kann. Wer die Religionsfreiheit – und damit ein Grundrecht – einschränken möchte, beschädigt das Fundament unserer Demokratie. Die Sicherheitsfrage stellt sich den jüdischen Bürger*innen aus Rheinland-Pfalz regelmäßig. Sie stellt sich nach der Schändung des jüdischen Friedhofs in Freudenburg bei Saarburg (2018), nach körperlichen Attacken gegen ein Mitglied der jüdischen Gemeinde in Speyer (2018) und nach einem am Eingang der Synagoge in Kaiserslautern eingeritzten Hakenkreuz (2019). Im Jahr 2018 stieg die Anzahl der antisemitisch motivierten Straftaten auf 32. Jede einzelne Tat ist eine Tat zu viel!

Im ersten Jahr meines Amtes habe ich in und außerhalb der Staatskanzlei über 200 Termine wahrgenommen. Lesungen und Vorträge, Diskussionsrunden und Fachtagungen sowie zahlreiche Gespräche mit Schüler*innen haben die bisherige Zeit geprägt. Es gilt meiner Ansicht nach, sich auf allen Ebenen der Gesellschaft intensiver mit Antisemitismus zu beschäftigen. So erreichte ich zum Beispiel über 1.200 Schüler*innen im Rahmen

einer Lesetour mit Timo Büchner, der sein 2018 erschienenes Buch *Weltbürgertum statt Vaterland. Antisemitismus im RechtsRock* vorstellte. Während der Tour stellte ich fest: Nur wenige Lehrkräfte und Schüler*innen kennen Jüdinnen und Juden persönlich. Das zeigt, welchen Stellenwert die Begegnung haben sollte. Am bundesweiten Vorlesetag 2018 begleitete ich erstmals Jugendliche in eine Synagoge. Der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Mainz, Aharon Ran Vernikovsky, führte uns durch das Gebäude und erläuterte die Grundlagen des Judentums. Wir unterhielten uns mit den Lehrkräften und Schüler*innen, die zuvor weder eine Synagoge besucht noch einen Juden gekannt hatten. Die Gespräche weckten offenkundig bei vielen Teilnehmenden das Interesse. Ich finde die Begegnung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Jugendlichen enorm wichtig. Für solche Begegnungen sind konkrete Angebote erforderlich. Wir sollten nicht ständig *über* Jüdinnen und Juden reden, sondern *mit* ihnen. Wir sollten die vorherrschende Verunsicherung und die teilweise massiven Ängste in den jüdischen Gemeinden nachvollziehen und verstehen.

Im Jahr 2017 erklärte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Kampf gegen Antisemitismus zur „Chefsache“. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Jüdinnen und Juden in Rheinland-Pfalz geschützt und gestärkt werden. Der Einsatz gegen Antisemitismus ist zugleich ein Einsatz für eine integrierende (und nicht ausgrenzende) Demokratie.

Die vorliegende Broschüre, die auf Basis des erfolgreichen Netzwerktreffens gegen Antisemitismus in der Halle 45 in Mainz (5. Juni 2019) erscheint, liefert eine wichtige, dringend nötige Grundlage zur kritischen Bestandsaufnahme antisemitischer Erscheinungsformen in Rheinland-Pfalz. Sie gibt einen hervorragenden Überblick darüber, an welchen Stellen die Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus aktiv werden muss. Für die nachhaltige Zusammenarbeit danke ich der Amadeu Antonio Stiftung und den im Netzwerk Engagierten recht herzlich.

„Antisemitismus ist ein vielschichtiges Phänomen“

Petra Fliedner

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz



Petra Fliedner © LSJV Rheinland-Pfalz

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ setzt sich für ein friedliches, gleichberechtigtes und vielfältiges Zusammenleben in Deutschland ein. Deshalb unterstützt es eine proaktive Demokratieförderung und nachhaltige Präventionsarbeit im Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, Bund und Zivilgesellschaft. Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz koordiniert und unterstützt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Land. Die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz und die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sind feste Bestandteile des Unterstützungsangebots des Demokratiezentrums. Damit verbunden ist die landesweite Vernetzung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich für eine menschenrechtsbasierte Demokratie einsetzen.

Im Einsatz für ein gleichberechtigtes Miteinander begegnet uns Antisemitismus nicht nur als ein Bestandteil des Rechtsextremismus oder Islamismus – sondern auch als ein verbreitetes Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft. Daher ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus eine zentrale Aufgabe und Herausforderung des Demokratiezentrums, in der eine stete Positionierung gegen antisemitische Einstellungen und Handlungen erforderlich ist. Dieser Aspekt der Prävention gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine Aufgabe in der ersten Förderphase des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ von 2015 bis 2019. Dazu heißt es: „Antisemitismus als Feindseligkeit gegen Jüdinnen und Juden artikuliert sich vielfältig und hat verschiedene Begründungsformen. Die geförderten Projekte setzen sich mit den Antisemitismusphänomenen der Gegenwart auseinander und entwickeln konkrete Ansätze und Angebote.“

Am 5. Juni 2019 stellte Aharon Ran Vernikovsky, der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in Mainz, im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus Rheinland-Pfalz fest: „In Deutschland ist jüdisches Leben kein selbstverständliches.“ Es ist ein Satz, der jede demokratische Gesellschaft, die Grund- und Menschenrechte in den Mittelpunkt ihres Zusammenlebens stellt, erschüttert und zeitgleich in die Pflicht nimmt. Das Motto des Bundesprogramms lautet „Demokratie leben!“; es ist eine Aufforderung zur Beteiligung und zur Solidarität. Wie kann jedoch Demokratie gelebt werden, wenn sich Jüdinnen und Juden unsichtbar machen müssen, um Anfeindungen und Gewalt zu entgehen? Insofern ist der antisemitische Hass in Deutschland nicht allein ein Problem der Betroffenen. Er ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das uns alle betrifft. Gemeinsam mit zahlreichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partner*innen war das Netzwerktreffen gegen Antisemitismus Rheinland-Pfalz ein richtiger und wichtiger Schritt zur Positionierung gegen Antisemitismus, zur thematischen Sensibilisierung und zur Solidarisierung mit Jüdinnen und Juden.

Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz wird Antisemitismus in der zweiten Förderperiode von „Demokratie leben!“ zum Schwerpunkt machen. Im neuen Dreiklang des Bundesprogramms – „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ – wird das Themenfeld im Bereich Vielfaltsgestaltung wie folgt formuliert: „Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das sich aktuell auf vielfältige Weise äußert und verschiedene Ausprägungen hat. Er tritt sowohl in rassistischer, religiöser, israelbezogener oder verschwörungstheoretischer Form auf oder manifestiert sich als holocaustbezogene Erinnerungsabwehr. Antisemitische Äußerungen und Handlungen finden sich zudem in unterschiedlichen Erscheinungsformen in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten.“

Wir müssen uns vor Augen führen: Antisemitismus ist keine Einstellung und Handlung, die ausschließlich von einer kleinen Gruppe ausgeht. Stattdessen ist er ein vielschichtiges Phänomen und tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen in verschiedenen Kontexten auf. Die vorliegende Broschüre wirft einen kritischen Blick auf das Bundesland Rheinland-Pfalz und zeigt die Verbreitung antisemitischer Tendenzen anhand ausgewählter Beispiele.

Antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Rolf Knieper

m*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz

Im gesamten Bundesgebiet finden antisemitische Vorfälle aller Art statt. Rheinland-Pfalz ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Seit Jahren erhebt das Innenministerium entsprechende Daten auf Grundlage der „Richtlinien für den kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“. Die 2018 eingerichtete „Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz – m*power“ nimmt das Vorhandensein antisemitischer Vorfälle ebenso wahr.

Zwar sind die Statistiken weit von einer umfassenden Dokumentation antisemitischer Vorfälle entfernt. So wird im Falle der polizeilich erhobenen Daten lediglich das „Hellfeld“ abgebildet. Es muss berücksichtigt werden, dass wohl die meisten Delikte nicht zur Anzeige gebracht werden und im – für die Öffentlichkeit, für Innenministerium und Polizei – unsichtbaren „Dunkelfeld“ verbleiben. Ebenso spiegelt die Zuordnung zu den einzelnen Phänomenbereichen nicht unbedingt gesellschaftliche Realitäten wider. Ausgeprägte Kritik gibt es unter anderem daran, dass einerseits Vorkommnisse, bei denen kein Täter ermittelt werden konnte, fast ausschließlich dem Rechtsextremismus zugeordnet werden, andererseits aber auch bei Fällen, in denen Täter ermittelt werden konnten, die Zuordnung oft äußerst zweifelhaft ist. So werden beispielsweise Vorkommnisse in islamistischen Milieus ebenfalls als rechtsextrem eingestuft, wenn sie etwa mit dem Zeigen eines Hitlergrußes einhergehen. Diese Praxis kritisierte unter anderem der vom

Deutschen Bundestag eingesetzte „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ in einem Bericht (vgl. Deutscher Bundestag, 07.04.2017).

Auch die Anzahl der Fälle, die im Rahmen der Beratung erhoben werden, sind kein exaktes Abbild des tatsächlichen Geschehens. Sie bilden ebenfalls nur ein bestimmtes Feld ab; das Feld der Menschen, die sich melden und nicht bereits durch unterstützende Strukturen in ihrem persönlichen Umfeld (Familie, Freunde oder jüdische Gemeinde) aufgefangen werden. Dennoch hilft ein Blick in die vorliegenden Statistiken zur Bestandsaufnahme.

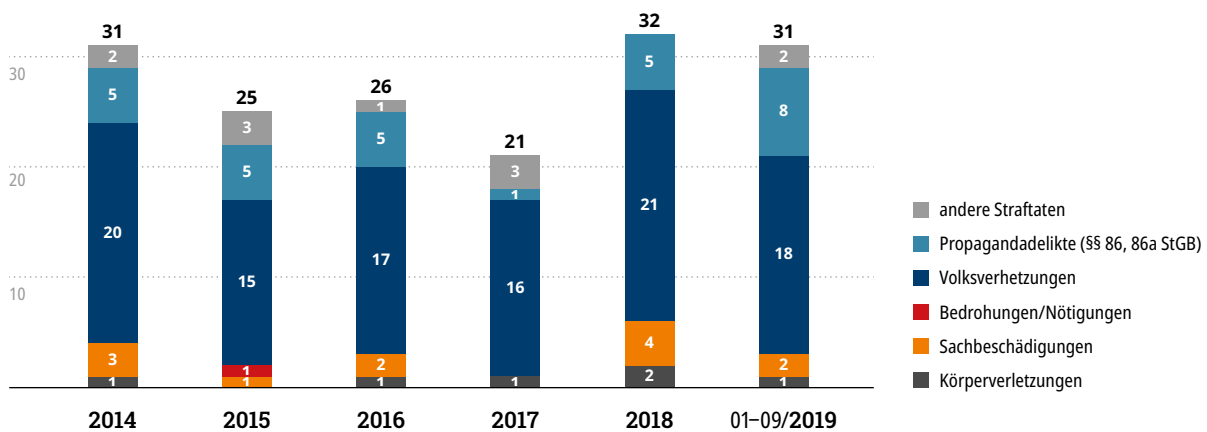


Am 09. Oktober 2019 versuchte ein 27-Jähriger am höchsten jüdischen Feiertag „Jom Kippur“, die Synagoge in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) mit Waffengewalt zu stürmen und über 50 Jüdinnen und Juden zu töten. Der Täter scheiterte an der Eingangstür zur Synagoge. © Allexkoch | CC BY-SA 4.0 | <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42881121>

In Rheinland-Pfalz liegen für die Jahre 2014 bis Ende September 2019 folgende registrierte Delikte mit antisemitischer Motivation vor:

Antisemitische Straftaten in Rheinland-Pfalz (2014–09/2019)

Quelle: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Kriminalpolitischer Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität

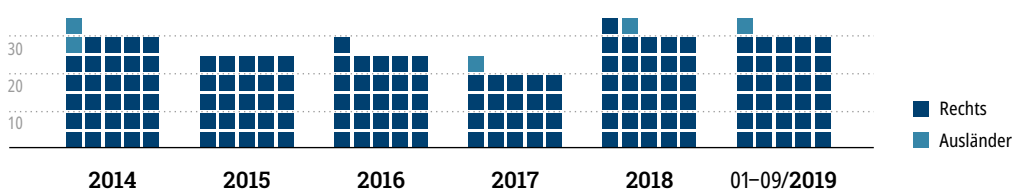


Es fällt auf, dass die Anzahl antisemitischer Straftaten ab 2014 tendenziell leicht abnimmt, ehe sie ab 2018 ansteigt. 2019 zeichnet sich in Anbetracht des ausstehenden 4. Quartals ein erneuter Anstieg ab. Die Zahlen der polizeilichen Statistik sprechen bezüglich der Motivation der Täter*innen eine deutliche Sprache. Beinahe 100 Prozent der Taten sind durch eine extrem rechte Gesinnung geprägt.

Die folgende Grafik ordnet die einzelnen antisemitisch konnotierten Delikte den jeweiligen Phänomenbereichen zu. Auffällig ist die Tatsache, dass der Phänomenbereich der „politisch motivierten Ausländerkriminalität“ durchweg nur eine geringfügige und zeitweise keine Rolle in der Statistik antisemitischer Delikte spielt. Die vielbeschworene These des „importierten Antisemitismus“, welche die Hauptverantwortung für den wachsenden Antisemitismus bei Geflüchteten und Migrant*innen sieht, ist angesichts der Statistik zu hinterfragen.

Antisemitische Straftaten in Rheinland-Pfalz nach Phänomenbereich (2014–09/2019)

Quelle: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Kriminalpolitischer Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität



Im Rahmen der Beratungstätigkeit sind zwischen März 2018 und September 2019 folgende Fälle mit antisemitischer Motivation der Täter*innen verzeichnet worden:

2018

März

Kandel

Im Rahmen einer rechten Demonstration ereignete sich ein verschwörungsideologischer, mit antisemitischen Stereotypen verknüpfter Vorfall.

April

Neuwied

Unbekannte schmierten öffentlich sichtbare Hakenkreuze sowie den zum Mord an Politiker*innen sowie Jüdinnen und Juden aufrufenden Spruch „Juden ins Gas + [Name des Betroffenen] + Dreyer + Maas“.

Mai

Koblenz

Im Rahmen einer Feier an der Hochschule Koblenz wurde eine Israelflagge zertreten. Es folgte eine Reihe antisemitischer Beschimpfungen, die sich auf den Nahostkonflikt bezogen.

Speyer

Auf Basis eines antisemitischen Motivs ereignete sich ein körperlicher Angriff.

November

Koblenz

Im Rahmen einer Demonstration, die anlässlich einer Eskalation des Nahostkonflikts stattfand, wurden mehrere Transparente mit antisemitischen Inhalten gezeigt.

Quelle: m*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz



Quelle: Bündnis 90/Die Grünen Neuwied

Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Drohschreiben gegen einen Mann aus Neuwied. Er sieht sich wegen seines politischen Engagements seit einiger Zeit mehrfach Bedrohungen in verschiedenen Formen ausgesetzt. Bereits im April 2018 wurde eine NS-verherrlichende Schmiererei an einem öffentlichen Platz in Neuwied entdeckt. Neben einem Hakenkreuz war der Schriftzug „Juden ins Gas + [Name des Mannes] + Dreyer + Maas“ angebracht worden. Die Mischung aus Antisemitismus und rechtsterroristischen Absichten manifestierte sich in den zunehmenden Drohschreiben, die der Mann erhielt, seitdem er sich in Form von Leserbriefen kritisch mit der lokalen AfD auseinandersetzte. Die Schreiben und Schmierereien haben gemeinsam, dass sie

vermehrt Todesdrohungen enthielten. Der Inhalt eines Drohbriefes bezog sich unmissverständlich auf den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Darin stand: „Erstaunlich, wie schnell die AfD ihren militärischen Arm aufgebaut hat. Nimm dich mit deiner Hetze gegen die AfD zurück! Noch stehst du nur auf den hinteren Plätzen. Aber man steigt auf, wenn die oberen Plätze frei werden!“ Ergänzend wurde dem Schreiben ein Zeitungsartikel über die Ermordung des Politikers beigelegt.

Das genannte Beispiel offenbart, mit welcher antisemitischen Vernichtungsfantasie die Verrohung der politischen Debatte einhergeht. Die Lage für Menschen, die als „Juden“ und „Fremde“ gebrandmarkt und damit antisemitisch und rassistisch stigmatisiert werden, verschärft sich. Eine Demonstration der extrem rechten Kleinstpartei „Die Rechte“ am 1. Mai 2019 in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) verdeutlicht die antisemitischen Bestrebungen der extremen Rechten aus Rheinland-Pfalz, die sich daran beteiligten (z.B. „Kameradschaft Zweibrücken“, „Kameradschaft Rheinhessen“, „Die Rechte – Gau Südwest“). Während der Demonstration, die für die verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck veranstaltet wurde, ertönten Sprechchöre wie „Nie wieder Israel!“ oder „Israel ist unser Unglück!“. Ohne Scheu wurde vorgetragen: „Wir sind keine Demokraten! Wir sind damals wie heute Hitler-Leute!“

2019

Januar

Höhr-Grenzhausen

Eine Feierstunde zum Gedenken an die Shoah wurde gestört.

Februar

Saarburg

Antisemitisch motivierte Beschimpfung und Bedrohung

Bad Dürkheim

Im Rahmen einer Veranstaltung wurden antimuslimische und antisemitische Stereotype vermischt.

März

Mainz

Antisemitisch motivierte Beschimpfung und Bedrohung

Mai

Trier

Antisemitisch motivierte Beschimpfung und Bedrohung

Diez

Antisemitisch motivierte Beschimpfung und Bedrohung

Juli

Neuwied

Unbekannte richten (wie im April 2019) eine explizite Drohung an [Name des Betroffenen].

Insgesamt zeigen die registrierten Vorfälle: Es gibt in Rheinland-Pfalz ein großes Spektrum an antisemitisch agierenden Akteur*innen. Die Bandbreite reicht von der Neonazi-Szene bis zur verschwörungstheoretisch argumentierenden „Friedensdemo“-Szene. Allerdings beschränkt sich der Antisemitismus nicht auf linke und rechte Ausprägungen. Er ist längst in der Breite der Gesellschaft angekommen. Die demokratische Zivilgesellschaft muss wachsam sein und sich – ohne Wenn und Aber – mit den Betroffenen solidarisieren und vernetzen.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Rheinland-Pfalz zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

Zur Sensibilisierung der Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus ist der Aufbau einer Recherche- und Dokumentationsstelle antisemitischer Vorfälle erforderlich, die in das Netzwerk des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, der jüdischen Gemeinden, antisemitismuskritischer Initiativen aus der Zivilgesellschaft und der Beratungsstelle m*power eingebettet ist. Die angemessene Dokumentation antisemitischer Vorfälle wird durch einen turnusmäßigen Austausch sowie durch eine öffentlichkeitswirksame Pressearbeit gewährleistet. Gerade Bündnisse und Initiativen brauchen eine stabile Förderung zur Durchführung regelmäßiger Veranstaltungen, die das Anliegen sichtbar machen.

Quellen

Deutscher Bundestag (07.04.2017): „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Drucksache 18/11970 (URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

„Wer heutzutage gegen Israel polemisiert, meint die Juden“

Gespräch mit Avadislav Avadiev

Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz

Florian Eisheuer *Wie hat sich die Stimmung im Laufe der vergangenen Jahre verändert? Hat der Antisemitismus Ihrer Einschätzung nach zugenommen?*

Avadislav Avadiev *In den vergangenen Jahren hat sich das gesellschaftliche Stimmungsbild rapide verschlechtert. Das können wir beispielsweise in meinem Wohnort Koblenz feststellen. Im Zeitraum der letzten drei, vier Jahre wurde nach mehreren antisemitischen Vorfällen ein Schutz der jüdischen Einrichtungen in der Stadt nötig. Mittlerweile sind sämtliche Sicherheitsmaßnahmen für die jüdischen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Die Umsetzung der Maßnahmen wurde ermöglicht durch die rasche Hilfe der Landesregierung. Insbesondere durch die Hilfe des Innenministers Roger Lewentz.*



Der Vorsitzende des Landesverbands der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, Avadislav Avadiev, und der Chef der Staatskanzlei, Clemens Hoch, begleiteten die Amtseinführung des Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Dieter Burgard. © Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Polizeilicher Schutz ist eine von vielen Maßnahmen, die ergriffen werden können. In der Vergangenheit forderten Sie bereits eine verpflichtende Schulung für Polizist*innen, damit sie antisemitische Motive einer Tat rasch erkennen und entsprechende Schlüsse daraus ziehen können.

Es ist sicherlich ein erhöhtes Bewusstsein für antisemitische Vorfälle und mehr Solidarität für die Betroffenen antisemitischer Gewalt nötig. Antisemitismus sollte selbstverständlich mit allen Mitteln des Rechtsstaats begegnet werden. Die Polizei spielt dabei eine wichtige Rolle. Die verständnisvolle Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizeibehörden ist außerordentlich lobenswert. Jedoch sollten wir die Verantwortung nicht auf die Polizei beschränken.

Was meinen Sie damit?

Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Lösung, wie wir künftig mit Antisemitismus umgehen wollen. Die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden ist nicht das alleinige Problem der jüdischen Gemeinschaft. Genauso sollte uns klar sein: Es ist nicht die alleinige Aufgabe der jüdischen Gemeinschaft, sich um die Bekämpfung des Antisemitismus zu kümmern. Die nicht-jüdische Bevölkerung ist ohne Zweifel gefragt. Ich wünsche mir entschiedene Solidarität und bestenfalls eine religionsübergreifende Zusammenarbeit für eine demokratische Gesellschaft.

Nun stellt sich die Frage, wo die Mittel des Rechtsstaats anfangen und wo sie aufhören sollten. Wo sollte Ihrer Einschätzung nach die „rote Linie“ gegenüber antisemitischen Äußerungen liegen? Gibt es bereits eine solche Linie?

Der Staat muss die Grenze des Sagbaren in Bezug auf Jüdinnen und Juden, das Judentum und den Staat Israel definieren. Dies muss eine Grenze sein, die klar und deutlich zwischen legitimer Kritik an der israelischen Regierung einerseits und illegitimer Hetze andererseits trennt. Die Hetze wird oftmals unter dem Deckmantel der Regierungskritik betrieben. Ist das der Fall, ist die Grenze eindeutig überschritten. Ich erinnere an die Plakate mit der Parole „ Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, die vor ein paar Jahren im Rahmen einer pro-palästinensischen Demonstration in Mainz gezeigt worden sind. Am Ende sind Politik und Justiz für das Ausloten der Grenze gefragt. Sie sollen die Grenze ziehen.

Ich habe den Eindruck, die „rote Linie“ ist ausgefranst. In den Augen der meisten Menschen ist der Hass auf „die Juden“ zweifelsohne antisemitisch, aber der Hass auf Israel ...

*... wird viel zu häufig nicht als antisemitisch bewertet. Wir müssen der Dämonisierung Israels entschlossen entgegenreten. Die Kritik an der Regierung des Staates Israel ist vollkommen legitim. Die Hetze gegen den Staat Israel hingegen überschreitet die Regierungskritik massiv. Die Verharmlosung, gar die Glorifizierung der Hamas zeigt auf besonders drastische Art und Weise, was sich Antisemit*innen wünschen. Sie sprechen Israel das Existenzrecht ab und hoffen, dass der Staat alsbald von der Landkarte verschwindet. Wer heutzutage gegen Israel polemisiert, meint „die“ Juden.*

Die Dämonisierung Israels geschieht nicht nur im Zuge israelfeindlicher Demonstrationen auf der Straße. All das findet sich zunehmend online. Wie schätzen Sie die Entwicklung ein?

Ich glaube, man sollte bereits in den Schulen mit der Aufklärung und der Sensibilisierung anfangen. Denn gerade Jugendliche und junge Erwachsene sind für einfache Erklärungen des Weltgeschehens im Netz anfällig. Im Internet findet man verschiedene Ausprägungen des Antisemitismus. Gerade die Fülle an Verschwörungstheorien, die sich online finden, ist erschreckend. Meiner Meinung nach ist der Hass, der Jüdinnen und Juden in sozialen Netzwerken entgegentritt, eine unterschätzte Gefahr. Die Gefahr wird unterschätzt, obwohl die Verbreitung des Hasses scheinbar kein Ende findet.

Was bleibt uns?

Der Hass verbreitet sich rasend schnell. Deshalb müssen wir gemeinsam auch rasend schnell und entschlossen handeln. Das Netzwerktreffen gegen Antisemitismus ist hierfür ein wichtiger Schritt. Schließlich ist die langfristige Vernetzung derjenigen, die sich Antisemitismus entgegenstellen, von großer Bedeutung.

Das Gespräch wurde im Kontext des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Rheinland-Pfalz am 5. Juni 2019 geführt. Avadislav Avadiev beteiligte sich am Podium, das jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in das Blickfeld rückte.

Israelbezogener Antisemitismus

Andreas Portugall Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz und **Florian Eisheuer** Amadeu Antonio Stiftung

Antisemitismus ist nicht statisch, sondern passt sich stets den Gegebenheiten einer Welt im Wandel an. Er ist ein kultureller Code, der über Jahrhunderte hinweg fest in die hiesige Gesellschaft eingeschrieben und einer prozesshaften Dynamik unterworfen ist. Bezieht sich Antisemitismus heutzutage auf den Staat Israel, greift er teilweise auf alte Bilder und Denkmuster zurück.

Zwar existieren traditionelle Formen des Antisemitismus ohne Israelbezug bis heute, aber sie sind in der Mehrheitsgesellschaft in hohem Maße sozial geächtet. Das betrifft vor allem Erscheinungsformen, die mit der Shoah in Verbindung gebracht werden; diese können heute nur als bewusster Tabubruch geäußert werden. Der israelbezogene Antisemitismus hingegen erscheint für viele akzeptabler, schließlich wird er meist als vermeintliche „Israelkritik“ codiert und nimmt für sich in Anspruch, die Menschenrechte zu verteidigen und sich nach Frieden zu sehnen. Empirische Studien belegen bereits seit Jahren, dass israelbezogener Antisemitismus eine simple Form der Umwegkommunikation ist, um politische Diskurse und die Grenze des Sagbaren zu verschieben. Natürlich ist eine legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik ohne Antisemitismus möglich – aber 90% jener, die „Israelkritik“ betreiben, greifen dennoch auf antisemitische Denkmuster zurück (vgl. Küpper/Zick).

Der Wunsch nach einer klaren Grenze zwischen Kritik und Antisemitismus ist durchaus nachvollziehbar. Allerdings ist die Grenzziehung schwierig: Es gibt zwar bestimmte Begriffe wie die Bezeichnung Israels als „Krebsgeschwür“, deren Verwendung recht eindeutig auf Antisemitismus hinweist. Die Abwesenheit solcher Begriffe bedeutet jedoch nicht, dass das Geäußerte frei von Antisemitismus ist. Primär sollte der Blick nicht auf sprachliche Ausdrucksformen, sondern auf argumentative Grundmuster gerichtet werden.

Der sogenannte „3D-Test“ von Natan Scharanski ist ein einfaches Instrument, das einen ersten Hinweis geben kann, ob es sich um legitime Kritik oder Antisemitismus handelt. Je deutlicher eine Aussage die Elemente der ① Dämonisierung, ② Doppelstandards und ③ Delegitimierung erfüllt, desto wahrscheinlicher ist sie antisemitisch.

① **Dämonisierung:** Bereits im christlichen Antijudaismus war die Dämonisierung der Menschen jüdischen Glaubens als Gottesmörder, als das personifizierte Böse ein integraler Bestandteil des Antisemitismus. Indem Israel mit der NS-Diktatur oder der Apartheid Südafrikas gleichgesetzt wird, wird die Form kollektiver Verteufelung auf den Staat übertragen.

② **Doppelstandards:** Es handelt sich um Antisemitismus, wenn Jüdinnen und Juden ein bestimmtes Verhalten übelgenommen wird, das man der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft nicht übelnimmt. Auch wenn der Staat Israel aus der Gesamtheit herausgegriffen und über jedes Maß getadelt wird, aber gleichzeitig eklatante Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten gar nicht oder nur zurückhaltend thematisiert werden, liegt ein Hinweis auf Antisemitismus vor.

③ **Delegitimierung:** Im traditionellen Antisemitismus wurde dem Judentum seine Legitimität in Gänze abgesprochen. Wenn Jüdinnen und Juden heute das Recht auf einen Nationalstaat abgesprochen wird, liegt ein Hinweis auf Antisemitismus vor.

An dieser Stelle sei auf die Ausführungen der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) verwiesen (siehe Anhang), die detaillierter und konkreter sind und über den „3D-Test“ hinausgehen.

In den letzten Jahren lassen sich in Rheinland-Pfalz verschiedene Netzwerke beobachten, die unter dem Deckmantel der Kritik erkennbar antisemitische Narrative verbreiten. Allerdings sind die Milieus weder homogen noch ideologisch oder politisch eindeutig ab- und eingrenzbar. Es sind vielmehr Mischszenen aus verschiedenen Lagern.

Die – selbsternannte – „neue“ Friedensbewegung ist eines der Milieus. Ihre Akteur*innen versuchen in Rheinland-Pfalz seit mehreren Jahren Einfluss auf die Proteste gegen US-Militärbasen im Bundesland zu nehmen. Hervorzuheben ist die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, die seit 2015 gegen den pfälzischen US-Militärstützpunkt und den US-geführten Drohnenkrieg mobilisiert. Gerade in den Anfängen wurde der Kampagne eine Offenheit zum antiamerikanisch-antisemitischen und verschwörungsideologischen Milieu vorgeworfen. Ein Offener Brief unterschiedlicher Friedensinitiativen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland kritisierte 2016 die fehlende Distanzierung von „obskuren Verschwörungstheorien wie Chemtrails oder antisemitisch anmutenden Argumentationen wie ‚die Rothschilds [...] sind an allem schuld‘“. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Mittlerweile grenzt sich das Protestbündnis im Selbstverständnis hiervon ab. Dennoch nehmen Teile weiterhin an den Protesten teil.



Die extrem rechte Partei „Der III. Weg“, die ein „Partei- und Bürgerbüro“ im sächsischen Plauen unterhält, dämonisiert den Staat Israel als „Terrorstaat“. Der israelbezogene Antisemitismus ist eine tragende Säule der offen NS-verherrlichenden Partei. © Lucius Teidelbaum

Die Mahnwachen entstanden 2014 bundesweit mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts und fanden auch in rheinland-pfälzischen Städten wie Mainz, Trier, Kaiserslautern, Worms und Koblenz statt. Sie zeichneten sich durch eine diffuse Mischung verschwörungsideologischer Fragmente aus; diese Mischung bot Platz für antisemitische Erzählungen. Das zeigte sich bei einer „Friedensparty“ in Koblenz. Ein Mitveranstalter ergriff auf einer Kundgebung im Sommer 2014 das Mikrofon und erklärte: „Wenn ihr euch diese Texte mal durchlest [...], dann wird euch angst und bange, im wahrsten Sinne des Wortes. Weil das ist ein Plan zur Versklavung der Menschheit, der [...] genauso, wie es darin beschrieben ist, angewandt wird“ (Rhein-Zeitung, 27.10.2015). Er meinte das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Der Redner wurde vom Amtsgericht wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Aus dem Umfeld der Mahnwachen entstand die Veranstaltungsreihe „Koblenz: Im Dialog“.

Die antisemitische Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) fußt auf der Annahme eines „Terrorstaats“ Israel. BDS ruft weltweit zum Boykott Israels auf. Boykottiert werden sollen israelische Dienstleitungen und Waren sowie israelische Bürger*innen aus Wissenschaft und Kunst, Sport und Kultur. 2019 stimmte der Bundestag für einen Antrag, der die BDS-Kampagne als dezidiert antisemitisch einstuft und betont, ein Boykott führe „in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes“. Die Äußerungen und Methoden der Kampagne zielen im Kern gegen das Existenzrecht des Staates Israel und gegen seine mehrheitlich jüdischen Bürger*innen.



Auf dem Plakat eines Teilnehmenden an einer pro-palästinensischen Demonstration wird behauptet, der Staat Israel tue den Palästinenser*innen das an, was Adolf Hitler einst den Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus antat. © Lucius Teidelbaum

In Rheinland-Pfalz sind vergleichsweise wenige öffentlichkeitswirksame BDS-Aktivitäten zu beobachten, obwohl zwei der etwa 20 Gruppen, die die Kampagne in der Bundesrepublik unterstützen, aus Rheinland-Pfalz kommen: die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.“, Regionalgruppe Trier, sowie die „Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.“, Regionalgruppe Koblenz. Von der geringen Zahl öffentlicher Aktivitäten sollte nicht auf ein geringes Potenzial der Netzwerke geschlossen werden. Während des Gaza-Kriegs 2014 mobilisierten pro-palästinensische Gruppen über 1.500 Menschen in Mainz, 400 Menschen in Koblenz und 100 Menschen in Trier. Stark vertreten waren palästinensische und türkische Communities. Im Rahmen der Proteste brach sich antisemitische Hetze Bahn: Teilnehmende riefen Parolen wie „Kindermörder Israel“, „Juden ins Gas!“ und „Tod, Tod, Israel!“, in Mainz skandierten Teilnehmende gar „Juden raus!“. Daraufhin erstattete der Ehrenpräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Johannes Gerster, Anzeige wegen Volksverhetzung. Die Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen ein – schließlich habe sich die Demonstration ausschließlich gegen die Politik Israels und nicht gegen die jüdische Bevölkerung in der Bundesrepublik gerichtet.

An der Trierer Demonstration beteiligten sich Neonazis aus Rheinland-Pfalz, die an ihren NPD-Symbolen erkennbar waren. Die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“ mit Sitz in Weidenthal (Pfalz) beteiligte sich an einer Anti-Israel-Demonstration im nahe gelegenen Mannheim (Baden-Württemberg). Wo antisemitische Ressentiments geduldet und durch bildliche wie sprachliche Codes reproduziert werden, knüpft die extreme Rechte an. Zwar ist der Deckmantel der Kritik für die extreme Rechte nicht allzu relevant, schließlich wird in der Szene offen der Nationalsozialismus verherrlicht. Aber derartige Proteste bieten die Möglichkeit, eine politische Bühne für antisemitische Weltbilder zu bekommen. Selbst die BDS-Kampagne wird in extrem rechten Kreisen wohlwollend zur Kenntnis genommen und entsprechend genutzt. So schrieb „Der III. Weg“:

„Jeder kann dabei helfen und somit den Völkermord in Palästina bekämpfen. Aktiv auf der Straße, im Internet, aber auch insbesondere in den Supermärkten und Kaufhäusern in unserem Land. Bei dieser Solidaritätsaktion gilt, dass jeder Euro, der nicht mehr im zionistischen Gebilde ankommt, gleichzeitig ein Euro für den Frieden und die Freiheit des palästinensischen Volkes darstellt.“ („Der III. Weg“, 24.07.2014) Vergleichbare Positionen lassen sich bei der rheinland-pfälzischen NPD beobachten, die in den letzten Jahren mehrfach durch Kundgebungen mit antisemitischen Parolen und Redebeiträgen gegen den Staat Israel auffiel.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Rheinland-Pfalz zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

Um das Ausmaß des israelbezogenen Antisemitismus erfassen zu können, ist eine Stärkung derjenigen Initiativen aus der Zivilgesellschaft erforderlich, die sich beispielsweise mit antisemitischen Tendenzen in muslimisch sozialisierten und pro-palästinensischen Milieus oder mit der antisemitischen BDS-Kampagne an Hochschulen/Universitäten beschäftigen. Eine finanzielle Stärkung der Initiativen ist die Grundlage für die Entwicklung eines Problembewusstseins in der Öffentlichkeit. Die Erkenntnisse der einzelnen Initiativen müssen in Form eines Monitorings gebündelt werden. Die finanziell ausgestattete Leitung des Monitorings ist in das antisemitismuskritische Netzwerk des Bundeslands einzubinden.

Quellen

„Der III. Weg“ (24.07.2014): „Israel-Boycott: Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann“ (URL: der-dritte-weg.info/2014/07/israel-boycott-was-jeder-gegen-den-zionistischen-voelkermord-tun-kann/, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2005): „Kurzbericht zum GMF-Survey, 2005/1 – Antisemitismus in Deutschland“ (URL: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/antisemitismus_in_deutschland.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

Rhein-Zeitung (27.10.2015): „Judenhetze bei Koblenzer Friedensparty: ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ als Lektüre empfohlen“ (URL: www.rhein-zeitung.de/region/aus-den-lokalredaktionen/koblenz-und-region_artikel,-judenhetze-bei-koblenzer-friedensparty-protokolle-der-weisen-von-zion-als-lektuere-empfohlen-_arid,1388849.html, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

„Ich möchte keine Erfahrungen mit antisemitischen Anfeindungen machen“

Gespräch mit Aharon Ran Vernikovsky
Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Mainz



Neue Synagoge Mainz © Manuel Herz Architects |
CC BY-SA 3.0 | [https://commons.wikimedia.org/wiki/
File:Synagogue_Mainz_Exterior2.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Synagogue_Mainz_Exterior2.jpg)

Florian Eisheuer *Inwiefern haben Sie persönlich bereits Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht?*

Rabbiner Vernikovsky *Um ehrlich zu sein, „oute“ ich mich in der Öffentlichkeit nicht. Ich zeige nicht, dass ich Jude bin. Bisher habe ich persönlich keinerlei Erfahrungen mit antisemitischen Anfeindungen gemacht, denn ich möchte mich dem vorhandenen Antisemitismus in der Gesellschaft nicht aussetzen. Ich möchte keine Erfahrungen mit antisemitischen Anfeindungen machen. Würde ich in der Öffentlichkeit eine Kippa tragen, wäre die Gefahr, zur Zielscheibe antisemitisch motivierter Gewalt zu werden, um ein Vielfaches größer. Ich bin bei Weitem nicht der Einzige. In der Öffentlichkeit können sich Jüdinnen und Juden bis heute nicht als Jüdinnen und Juden zeigen. Sie können sich nicht zeigen, wie sie sind und sein wollen.*

Was sagt die Tatsache, dass sich viele Jüdinnen und Juden in der Öffentlichkeit „verstecken“ müssen, über die offiziellen Statistiken der Polizeibehörden aus? Wie beeinflusst diese Tatsache die Zahlen?

In Deutschland kann ein „normales“ jüdisches Leben nicht stattfinden. Das Judentum ist die einzige Glaubensgemeinschaft, die einen massiven Wachsenschutz vor ihren Einrichtungen benötigt. Wäre der Schutz nicht vorhanden, wäre die Zahl antisemitischer Vorfälle im Umfeld der Einrichtungen erschreckend hoch. Im Allgemeinen sind die offiziellen Zahlen der antisemitischen Straftaten, die von staatlichen Behörden alljährlich veröffentlicht werden, nicht allzu aussagekräftig. Sie bilden nur einen Teil des jüdischen Alltags ab. Die Statistiken sind bloß die Spitze des Eisbergs. Ein großer Teil, der sich beispielsweise unterhalb der Grenze des Strafbaren abspielt, wird nicht abgebildet.

Das Gespräch wurde im Kontext des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Rheinland-Pfalz am 5. Juni 2019 geführt. Rabbiner Aharon Ran Vernikovsky beteiligte sich am Podiumsgespräch, das jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in das Blickfeld rückte.

Nehmen Sie in den vergangenen Jahren eine erhöhte Sensibilität der Gesellschaft für einen wachsenden Antisemitismus wahr? Wie bewerten Sie beispielsweise die „Deutschland trägt Kippa“-Aktion?

Prinzipiell finde ich die Aktion gut, denn die Öffentlichkeit hat das Problem – den grassierenden Antisemitismus in der Gesellschaft – zumindest ansatzweise wahrgenommen. Es ist eine symbolische Aktion. Nicht weniger, aber

auch nicht mehr. Die nicht-jüdische Öffentlichkeit ist, das zeigt die Aktion, für symbolische Veranstaltungen zu gewinnen. Allerdings bewirken sie nachhaltig wenig bis nichts. Wir müssen festhalten: Antisemitismus ist ein Phänomen, das über Jahrhunderte hinweg besteht und den Alltag jüdischer Communities prägt. Selbst ernstgemeintes Engagement wird antisemitische Vorurteile nicht aus der Gesellschaft schaffen können.

Der Rechtsruck der letzten Jahre verdeutlicht, dass ein relevanter Teil der Öffentlichkeit zum Schlag gegen gesellschaftliche Minderheiten ausgeholt hat. Wo beobachten Sie dies in der Politik?

Ich warne vor einer zunehmenden Verschiebung der Grenze des Sagbaren, die wir im Verlauf der letzten Jahre im Alltag, aber auch im Politischen beobachten können. Wir dürfen die Interpretation, was „Demokratie“ bedeutet und wo ihre Grenzen sind, nicht den Antisemit*innen überlassen. Die AfD suchte bereits wiederholt nach Möglichkeiten, Antisemitismus zu äußern. Das können wir zum Beispiel bei ihren Angriffen auf die Erinnerungskultur der Bundesrepublik feststellen. Die Partei hat den Bruch mit der jetzigen Kultur des Gedenkens bereits im Programm verankert.

Der Umgang mit Antisemitismus ist gewissermaßen der „Lackmustest“ für unsere Demokratie. Welche Bedeutung hat Ihrer Ansicht nach der Nahostkonflikt für die heutigen Ausprägungen des Antisemitismus?

Der Staat Israel ist der Jude unter den Staaten. Der Mythos, das Judentum unterdrücke alle und alles, wird oftmals auf den Nahostkonflikt projiziert. Der islamistische Antisemitismus verknüpft den „traditionellen“ Antisemitismus mit modernen Formen des Antisemitismus. Einfache Antworten in Form von Verschwörungsideologien spielen eine ganz wesentliche Rolle. Jedoch ist der Nahostkonflikt hochkomplex; die Frage, wer in welchem Ausmaß Schuld trägt, ist beinahe unmöglich zu beantworten. In Mainz fand während des Gaza-Kriegs im Sommer 2014 eine pro-palästinensische Demonstration mit stark antisemitischen Äußerungen statt. Ein Großteil derjenigen, die sich an der Demonstration beteiligten, stellten zuvorderst das Existenzrecht Israels in Frage.

Das Netzwerktreffen gegen Antisemitismus in Rheinland-Pfalz fand 2019 zum ersten Mal statt. Welche Hausaufgaben geben Sie uns allen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, bis zum nächsten Treffen mit auf den Weg?

Da ich selbst über Jahre hinweg Lehrer gewesen bin, kann ich die Frage allzu gut verstehen. Für die Bekämpfung des Antisemitismus gibt's kein Lehrbuch, das man Kapitel für Kapitel abarbeiten kann. Aber wir Menschen, wir alle, können die Gesellschaft nach unseren Möglichkeiten verbessern und den Antisemitismus eindämmen. Das Engagement ist enorm wichtig, aber wir sollten nicht allzu hohe Erwartungen haben. Ich denke, wir sollten eine realistische Mitte anstreben.



Der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Mainz, Aharon Ran Vernikovsky, bietet interessierten Schulklassen regelmäßig Führungen durch die Räumlichkeiten der Gemeinde an. In der Synagoge beantwortet er offene Fragen der Schüler*innen.
© Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Antisemitismus und Verschwörungstheorien

Dr. phil. Michael Müller
Hochschule Koblenz

In einer modernen, komplexen Gesellschaft überfordert die Fülle an Informationen ohne Zweifel viele Menschen. Indem sich der gesellschaftliche Wandel beschleunigt, entstehen Unsicherheiten. Zwar kann der Beschleunigung und Komplexität mit faktenbasierten Auseinandersetzungen begegnet werden, jedoch kostet dies Mühe und Zeit. Nur mündige Bürger*innen bilden ihre politischen Meinungen und beleben dadurch die demokratische Gesellschaft. Dennoch gibt es die Tendenz, das Einfache dem Komplexen vorzuziehen und die Unklarheiten in scheinbare Klarheiten aufzulösen. An dieser Stelle treten Verschwörungstheorien in Form von vereinfachenden Erklärungen auf. In psychologischer Hinsicht erfüllen sie verschiedene Funktionen und folgen spezifischen Mechanismen.

Verschwörungstheorien reduzieren die Komplexität und liefern Erklärungen für nicht direkt Offensichtliches. Gleichzeitig stiften sie Identität und ein Gemeinschaftsgefühl, indem sich diejenigen, die an sie glauben, zusammenschließen. Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, sehen Zusammenhänge, wo nach übereinstimmender – allgemeiner und/oder wissenschaftlicher – Meinung keine Zusammenhänge sind. Verschwörungstheorien drücken negative, sozial und gesellschaftlich zerstörerische Pläne weniger Menschen aus, die sich konspirativ zusammentun, um die überwiegende Mehrheit der Menschheit zu beherrschen. Dabei greift der Mechanismus der Personalisierung, d.h. gedanklich werden Menschen „eingesetzt“, wo üblicherweise komplexe Interessenkonflikte (z.B. zwischen Staaten) auszumachen sind. Letztendlich seien einzelne Menschen, so die Vorstellung, die unmittelbare und zentrale Ursache für Ungerechtigkeiten und Leid in der Welt.



Am 24. März 2018 führt die rechte Initiative Kandel ist überall eine Demonstration durch, an der sich rund 1000 Menschen beteiligen. In extrem rechten Kreisen sind „Rothschild“ und „Soros“ sowie die Vorstellung einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) beliebte Codes, um auf eine „jüdische Weltverschwörung“ hinzuweisen. © CKI Fotos | Flickr

Antisemitismus und Verschwörungstheorien weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Die Legende der „jüdischen Weltverschwörung“ unterstellt angeblich reichen, mächtigen Jüdinnen und Juden („Weltjudentum“), das Weltgeschehen im Geheimen zu lenken, zu steuern, zu regieren. Hinter gesellschaftlichen Umbrüchen stehe das Böse par excellence: „der Jude“. Demokratische Institutionen, Gesetze und anerkannte Medien kommen nicht wesentlich vor, so seien sie lediglich ein Herrschaftsinstrument finsterner Mächte. Antisemitische Verschwörungstheoretiker*innen bedienen sich moderner Chiffren, die Jüdinnen und Juden nicht direkt benennen, aber ihre antisemitische Perspektive erkennen lassen (z.B. „Hochfinanz“, „Ostküste“ und „Rothschild“). Dabei wird die Sphäre des Geldes durch historisch gewachsene, insbesondere mittelalterlich geprägte

Vorstellungen mit Jüdinnen und Juden verbunden, sodass der Übergang zwischen dem Glauben an Verschwörungstheorien und einer antisemitischen Weltsicht fließend ist. So wird zum Beispiel dem jüdischen Milliardär und Philanthropen George Soros in antisemitischer Manier unterstellt, er habe eine „Flüchtlingsinvasion“ gesteuert, um die Welt ins Chaos zu stürzen.

Die Verbreitung antisemitischer Bilder durch Verschwörungstheorien betrifft – genauso wie andere Bundesländer – auch Rheinland-Pfalz. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben, nicht von der übrigen Bevölkerung. Ob sich dies im gesellschaftlichen Leben wiederfindet und öffentlich sichtbar wird, hängt schließlich vom Organisationsgrad derjenigen ab, die prominenten Verschwörungstheoretiker*innen eine Plattform bieten. Es ist festzuhalten, dass Akteur*innen, die öffentliche Veranstaltungen mit Verschwörungstheoretiker*innen organisieren, nicht zwangsweise selbst Verschwörungstheoretiker*innen sind. Ein bemerkenswertes Beispiel stellt die Veranstaltungsreihe „Koblenz: Im Dialog“ dar. Die Reihe gibt laut offizieller Facebook-Seite vor, den „vernunftbasierten“, „parteilosen“ und „demokratischen“ Bürgeraustausch zu fördern. Jedoch ist eine verschwörungstheoretische Tendenz bereits in der Auswahl der Themen und Sprecher*innen deutlich erkennbar. Nach Angaben der Seite sprach am 5. März 2018 Hermann Ploppa im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum Thema „Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“. Am 4. Juli 2018, wenige Monate später, folgte ein Vortrag von Ernst Wolff über die „Weltmacht IWF“. Paul Schreyer sprach am 20. Mai 2019 gar zum Thema „Populismus, Verschwörungstheorie, Querfront – wie Kampfbegriffe das Denken begrenzen“. Bereits die Themenauswahl und die Titel der Veranstaltungen deuten den Versuch an, das Weltgeschehen vereinfacht zu erklären. Der thematische Fokus wird auf die Geldwirtschaft gelegt. Dadurch wird der Antisemitismus anschlussfähig – und die Grenzen verschwimmen.

Die Einladung des Autors Christoph Hörstel vom 17. Juni 2019 verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Verschwörungstheorien. Hörstel gründete die Kleinstpartei „Deutsche Mitte“ und trat wiederholt als Gastredner bei dem antisemitischen „Al-Quds-Marsch“ in Berlin auf. Der „Tagesspiegel“ berichtete, dass Hörstel in seiner Rede 2018 der Bundeskanzlerin Merkel jüdische Wurzeln attestierte, um ihre positive Einstellung gegenüber Israel zu erklären. Zudem behauptete Hörstel, sie stecke mit geheimen Mächten hinter der „Flüchtlingskrise“, um einen Bürgerkrieg auszulösen und Deutschland „kaputtzumachen“ (Tagesspiegel, 08.06.2018). Der Bericht verweist auf ein Video Hörstels, in dem er behauptet, der Nationalsozialismus sei durch „Zionisten“ von langer Hand geplant und Hitler ein Protegé der „Zionisten“ gewesen. Auf die Erzählung Hörstels, „der Zionist“ sei für das Übel in der Welt verantwortlich, war die lokale Zivilgesellschaft im Vorfeld des Vortrags in Koblenz aufmerksam geworden; rund 80 Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung gegen den Auftritt



Der Autor Christoph Hörstel trat bereits im Rahmen des antisemitischen „al-Quds-Marsches“ in Berlin auf. Zuletzt fand die Veranstaltung am 01. Juni 2019 statt, daran beteiligten sich rund 1.200 Menschen. © Grischa Stanjek | JFDA e.V.

des Journalisten bei der Veranstaltungsreihe „Koblenz: Im Dialog“ (vgl. SWR, 18.06.2019). Im Vortrag nannte Hörstel die Protestaktion ein „kleines Rädchen des korrupten Systems“. Das „System“ bildete den Schwerpunkt seines Inputs zum Thema „Brennpunkte der Innen- und Außenpolitik – wie geht wirksame Opposition?“ (vgl. Hörstel, 20.06.2019). Seiner Meinung nach sind nahezu alle demokratischen Institutionen und Medien Teil des „Systems“ und unterstehen einer vermeintlich „drakonisch regierenden Weltregierung“: der sogenannten „New World Order“ (deutsch: Neue Weltordnung, kurz: NWO). Hinter der NWO steckt die Vorstellung, eine allumfassende, durch eine kleine Finanzelite beherrschte Weltregierung würde die Menschheit unterwerfen. In seiner Rede bediente Hörstel eine Reihe antisemitischer Chiffren: Er behauptete, die „Macht der Zinsen und des Geldes“ stehe hinter der NWO, und „Rothschild“, „Goldman Sachs“ und die „Bilderberger“ zögen die Fäden. So knüpfte er an die antisemitische Erzählung an, Jüdinnen und Juden wie die Bankiersfamilie „Rothschild“ dominierten das Weltgeschehen. Die Fragen vonseiten des Publikums im Anschluss an seinen Vortrag waren darüber hinaus bemerkenswert. Eine Person wollte wissen, weshalb sämtliche Parteien den Beschluss zur Einstufung der BDS-Kampagne – die zum Boykott des Staates Israel aufruft – als antisemitisch unterstützten.

Hörstel antwortete: „Soweit ist der Einfluss Israels auf Deutschland gediehen“. Eine weitere Person sprach über die angeblichen reichen Finanziers wie Soros, die die „Widerstandsbewegung“ zersetzten. Hörstel reagierte zustimmend und nannte Soros einen „Milliardärsmafiafrontmann“, der tief in „Umstürze von X-Staaten“ verwickelt (gewesen) sei. Die Fragen des Publikums boten Hörstel die Gelegenheit, seine antisemitisch geprägten Verschwörungstheorien auszubauen. Der Referent, dessen Vortrag durch wiederholte Wutausbrüche geprägt war, und das Publikum entwickelten in der gemeinsamen Interaktion eine Dynamik, in der sich beide Seiten erheblich radikalisierten.

Die sich im bürgerlichen Gewand versteckende Veranstaltungsreihe „Koblenz: Im Dialog“ und insbesondere der Vortrag Hörstels verdeutlichen, wie nötig das kritische Hinschauen und Intervenieren durch die demokratische Zivilgesellschaft sind. Der mäßig besuchte Protest gegen derartige Vorträge offenbart die mangelnde Sensibilität für die Gefahr öffentlicher Veranstaltungen, die eine Fülle an Verschwörungstheorien verbreiten.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Rheinland-Pfalz zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

In Bildungseinrichtungen ist das gezielte Thematisieren des Zusammenhangs zwischen Antisemitismus und Verschwörungstheorien erforderlich. Um dies sicherzustellen, sind entsprechende Angebote in der Aus- und Fortbildung der Lehrer*innen sowie Präventions- und Bildungskonzepte notwendig, die Kinder und Jugendlichen einen kritischen Umgang mit den Sozialen Netzwerken ermöglichen. Zudem ist ein intensiver Austausch zwischen antisemitismuskritischen Initiativen aus der Zivilgesellschaft und kommunalen/städtischen Behörden zum adäquaten Umgang mit Akteur*innen des verschwörungstheoretischen Milieus erforderlich.

Quellen

Der Tagesspiegel (08.06.2018): „Wer steckt hinter dem Al-Quds-Marsch?“ (URL: www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitische-demo-in-berlin-wer-steckt-hinter-dem-al-quds-marsch/22653804.html, zuletzt aufgerufen am 26.07.2019)

Hörstel, Christoph (20.06.2019): „Brennpunkte der Außen- und Innenpolitik: Koblenz, Christoph Hörstel 2019-6-17“ (URL: youtube.com/watch?v=6mUCAeWw2S8, zuletzt aufgerufen am 26.07.2019)

SWR Aktuell (18.06.2019): „Kundgebung gegen Antisemitismus“ (URL: www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/koblenz/kundgebung-gegen-antisemitismus-100.html, zuletzt aufgerufen am 26.07.2019)

Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

International Holocaust Remembrance Alliance

Im Geiste der Stockholmer Erklärung, die ausführt: „Da die Menschheit noch immer von ... Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gezeichnet ist, trägt die Völkergemeinschaft eine hehre Verantwortung für die Bekämpfung dieser Übel“, hat der Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung das IHRA-Plenum in Budapest 2015 aufgefordert, die nachstehende Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen.

Am 26. Mai 2016 beschloss das Plenum in Bukarest die Annahme der nachstehenden nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Die Bundesregierung beschloss im September 2017, sich der internationalen Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anzuschließen. Sie ergänzte einen Satz zur Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Der Bundestag begrüßte die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Antrags vom Januar 2018. Die Verabschiedung der Arbeitsdefinition – die zwar keine rechtliche Bindungskraft, aber einen starken symbolischen Charakter hat – geht auf eine deutsch-rumänische Initiative zurück. Die Arbeitsdefinition soll u. a. ein Vorbild für entsprechende Bildungsinhalte in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendbildung sein.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- den Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung; die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung
- falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere, aber nicht ausschließlich Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden
- das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden
- das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermords an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust)
- den Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen
- den Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblichen weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer
- die Aberkennung des Rechts des jüdischen Volks auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen
- die Anwendung doppelter Standards, indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird
- die Verwendung von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten
- das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz definiert sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Mehr Informationen unter:
www.holocaustremembrance.com

Unterstützen Sie Projekte gegen Antisemitismus und für Demokratie!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und anderen Bereichen engagieren.

Zu den mehr als 1.400 bereits unterstützten Projekten gehören zum Beispiel:

- das vom IIBSA e.V. organisierte bundesweite **Arbeitstreffen zur Antisemitismusbekämpfung 2019**, bei dem sich verschiedenste Akteursgruppen zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien austauschten, u. a. mit Blick auf BDS, Hate Speech und antisemitische Veranstaltungen
- der Aufbau der **Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus** des vom RIAS e.V. neu gegründeten Bundesverbands
- das Projekt des Rabulo e.V. zur **Erarbeitung pädagogischer Konzepte** zur Prävention von Antisemitismus im 21. Jahrhundert für Projektwochen in Schulen und andere Bildungsorte

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Bundesweit nehmen antisemitische Vorfälle im Laufe der vergangenen Jahre deutlich zu. Der Versuch des Attentäters vom 9. Oktober 2019, die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Halle/Saale mit Waffengewalt zu stürmen und die Mitglieder der Gemeinde zu ermorden, markiert einen traurigen Höhepunkt der antisemitisch motivierten Gewalt. Der Vorfall zeigt: Antisemitismus ist auch mehr als 70 Jahre nach der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft.

Das vorliegende zivilgesellschaftliche Lagebild gibt exemplarische Einblicke in unterschiedliche Facetten des Antisemitismus im Bundesland Rheinland-Pfalz. Im Fokus des Lagebildes stehen zivilgesellschaftliche und explizit jüdische Perspektiven auf Antisemitismus – und Forderungen, die sich daraus für den Kampf gegen den erstarkenden Antisemitismus ableiten.